



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation Nr. 3 vom 28.3.2017

Inhalt

SCHWERPUNKT: ZIVILGESELLSCHAFT IN DER TÜRKEI

- Sommer, MdEP: Zivilgesellschaft und BE in der Türkei
- Michels, MdEP: Türkei - Premiumpartner der EU im Ausnahmezustand
- Al-Rebholz: Flüsternde Zivilgesellschaft in der Türkei
- Binder: Bündnisse zwischen den lebhaftesten Frauenbewegungen
- Beck: Zivilgesellschaft könnte türkische Demokratie retten

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

- Mehr Transparenz und Integrität
- Bündnis für Gemeinnützigkeit: Positionsbestimmung zur EU
- CEV: Briefing zum Europäischen Solidaritätskorps
- Whistleblower weiter eher Verbrecher als Helden?

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

- Konsultation über den Schutz von Hinweisgebern
- Lebensbegleitendes Lernen: Konsultation
- Europäisches Solidaritätskorps: Öffentliche Konsultation

AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN

- Engagement für Geflüchtete in Europa: Konferenz
- Symposium der AG »Internationales und Europa«: Engagement gegen Fluchtursachen
- Global Forum on Migration and Development (GFMD): Teilnahmebewerbung
- EBD: Konsultationsprozess Politische Forderungen 2017/18
- Bürgerdialoge »Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!«

FACHDISKURS

- Zivilgesellschaft in Brasilien: Veranstaltung
- Förderung und Beratung für Vereine, Kommunen und Initiativen
- Ergebnisse des europäischen Projekts INNOSI
- Europäischer Freiwilligendienst für alle: EVS4ALL (Konferenzbericht)
- Interreg Volunteers Initiative: InterregReporters
- A Soul for Europe: Konferenzdokumentation
- Goede: BürgerInnenbeteiligung an Wissenschaft
- Hinweis

SCHWERPUNKT: ZIVILGESELLSCHAFT IN DER TÜRKEI

Sommer, MdEP: Zivilgesellschaft und BE in der Türkei

Die Unterstützungsmöglichkeiten der Europäischen Union für die türkische Zivilgesellschaft sind das Thema des Beitrages von Dr. Renate Sommer, Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 1999 Mitglied des Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei und ständige Türkei-Berichterstatteerin der christdemokratischen EVP im Europäischen Parlament. Dabei zeigt sie die Bedeutung der EU-Heranzführungshilfen für eine Unterstützung der Zivilgesellschaft in der Türkei. Allerdings ist unklar, ob über diesen Mechanismus überhaupt noch viel möglich sein wird, da Erdogan die Türkei aktiv von Europa wegführt und ein EU-Beitritt der Türkei nicht mehr in Frage kommt. Deshalb wird das Abkommen von 1995 über die Zollunion wichtiger werden, da die EU der größte Handelspartner der Türkei ist: »Wir schlagen der Türkei eine Modernisierung und Erweiterung der Zollunion (z.B. auf Agrarprodukte und Dienstleistungen) vor, wollen dies aber von Seiten des Europäischen Parlaments an Bedingungen, wie Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, knüpfen.«

[Beitrag von Dr. Renate Sommer, MdEP](#) (PDF, 421 kB)

[nach oben](#)

Michels, MdEP: Türkei - Premiumpartner der EU im Ausnahmezustand

Entwicklung und Lage in der Türkei sind die Themen des Beitrages von Martina Michels, Mitglied des Europäischen Parlaments, im Regionalausschuss und in der parlamentarischen Delegation EU-Israel sowie stellvertretendes Mitglied im Kulturausschuss und in der parlamentarischen Delegation EU-Türkei. Von 2015 an schildert sie die zunehmende Repression in den Kurdengebieten und andernorts in der Türkei und kritisiert die inkonsistente europäische Politik im Umgang mit Erdogan. Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft bietet keine großen Einwirkungsmöglichkeiten mehr – anders als das Zollabkommen EU-Türkei oder die geforderte Visafreiheit, die hier Hebel gegenüber Erdogan bilden. Zugleich stellt sie heraus, dass gemeinsame zivilgesellschaftliche Aktivitäten als Protestbewegungen entstehen – jenseits der großen Oppositionsparteien, die auch bei der Nein-Kampagne zu keiner Zusammenarbeit finden. Der Ausgang der Entwicklung betrifft Europa: »Eine Verfassungsänderung in der Türkei, mit der Erdogan den jetzigen Ausnahmezustand zur Regel machen kann, trifft ganz Europa. Die Brüchigkeit der Freiheit ist kein lokal begrenztes Problem.«

[Beitrag von Martina Michels, MdEP](#) (PDF, 451 kB)

Al-Rebholz: Flüsternde Zivilgesellschaft in der Türkei

Die aktuelle Situation der Zivilgesellschaft(en) in der Türkei ist das Thema des Beitrages von Dr. Anil Al-Rebholz, seit 2014 Assistent Professorin an der Stiftungsuniversität Okan in İstanbul. Dabei verbindet sie in ihrer Analyse das liberale Verständnis von Zivilgesellschaft mit dem Gramscianischen Ansatz von Zivilgesellschaft als einem hegemonialen Raum. Kennzeichnend für die Entwicklung der letzten Jahre ist der Übergang in eine permanente Überwachungsgesellschaft, in der die Beobachtung und das Ausspionieren der BürgerInnen durch BürgerInnen zum Alltag und öffentlich propagiert wurden. Das verstärkt die Fragmentierung und Polarisierung der Zivilgesellschaft immer weiter, entlang identitärer Zugehörigkeiten, entlang politischer Affiliationen und Anhängerschaften wie säkular, islamisch, liberal, kurdisch, alevitisch, konservativ, nationalistisch, feministisch oder kommunitär. In Verbindung mit zunehmender technischer Kontrolle wird so die Zivilgesellschaft immer mehr zu einer aufgesplitteten und flüsternden Zivilgesellschaft.

[Beitrag von Asst. Prof. Dr. Anil Al-Rebholz](#) (PDF, 444 kB)

Binder: Bündnisse zwischen den lebhaftesten Frauenbewegungen

Die Frauenbewegungen in der Türkei sind das Thema des Beitrages von Charlotte Binder, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Interkulturelle Bildung an der Universität Bremen. Empirischen Befunde zeigen, dass es sinnvoll ist, von Frauenbewegungen im Plural zu sprechen, da politisch-ideologische Unterschiede sowie die regionale Verortung in der Türkei eine zentrale Rolle bei der Konzentration auf bestimmte Themen, Aktionsformen und Bündnismöglichkeiten untereinander spielen. Kontroverse Debatten gibt es insbesondere in den Bereichen Ethnizität, Religion/ Konservatismus und Sex(ualität)/ sexuelle Orientierung. Gleichwohl: »Jenseits politisch-ideologischer Unterschiede zwischen verschiedenen Frauenbewegungen sind geschlechtliche Gewalt, Körperpolitiken, so genannte Kinderbräute, FrauenMenschenrechte, Bildung und Beschäftigung sowie politische Partizipation von Frauen* zentrale gemeinsame Themen, zu denen z.B. anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März temporäre Bündnisse zwischen den Akteur*innen geschlossen werden.«

[Beitrag von Charlotte Binder](#) (PDF, 389 kB)

Beck: Zivilgesellschaft könnte türkische Demokratie retten

Warum und inwiefern Mehr Demokratie e.V. inhaltlich Stellung zum Verfassungsreferendum in der Türkei bezieht, ist das Thema des Beitrages von Ralf-Uwe Beck, Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie e.V. und Pressesprecher der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM). Normalerweise äußert sich der Verein nicht zu Inhalten von Volksabstimmungen. Allerdings liege hier ein Angriff auf den Rechtsstaat, die Gewaltenteilung und die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit vor und zugleich findet die Abstimmung nicht unter fairen Bedingungen statt. Gleichwohl gilt: »Dennoch: Die anstehende Abstimmung ist unter den gegebenen Bedingungen besser als keine Abstimmung. Sie bietet vielleicht die vorerst letzte Chance, die Demokratie in der Türkei zu retten.«

[Beitrag von Ralf-Uwe Beck](#) (PDF, 395 kB)

[nach oben](#)

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

Mehr Transparenz und Integrität

Am 21. März 2017 hat der Verfassungsausschuss des Europaparlaments den »Giegold-Bericht« für »Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den EU-Institutionen« mit sehr großer Mehrheit beschlossen. Lediglich die deutschen Christdemokraten stimmten gegen den Bericht. Lobbytransparenz, ein längeres »Abkühlen« von EU-Kommissaren vor einer neuen Beschäftigung nach Ende ihrer Tätigkeit und eine bessere Kontrolle aller europäischen Institutionen durch das Parlament sind Themen des Berichts. Sven Giegold, Berichtersteller für Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den EU Institutionen sowie Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament, erklärt dazu: »Das EU-Parlament legt wichtige Punkte zur Stärkung des Vertrauens in die EU-Institutionen vor, die in Junckers Weißbuch völlig fehlen.« In Kürze wird der Bericht Gegenstand der Beschlussfassung im Plenum des Europäischen Parlaments.

[Kommentar von Sven Giegold, MdEP](#)

[nach oben](#)

Bündnis für Gemeinnützigkeit: Positionsbestimmung zur EU

Am 14. März 2017 veröffentlichten das Bündnis für Gemeinnützigkeit und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen eine Erklärung zur Europäischen Union anlässlich des 60. Jahrestages der Römischen Verträge. Geprägt wird das Papier von der

»große Sorge um den Bestand der Europäischen Union und ihre weitere Entwicklung«. Das künftige Europa soll Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zum Leitbild der EU machen. Ebenso müsste die europäische Zivilgesellschaft stärker und auch besser institutioneller verankert in die Arbeit der EU eingebunden werden, als dies bisher der Fall ist: »Die Europäische Union kann aus der Krise nur gestärkt hervorgehen, wenn sie sich weiter demokratisiert, gerechter und insgesamt nachhaltiger wird.«

[Positionspapier des Bündnisses für Gemeinnützigkeit](#) (PDF, 54 kB)

[nach oben](#)

CEV: Briefing zum Europäischen Solidaritätskorps

Am 7. Dezember 2016 hat die EU-Kommission mit dem Europäischen Solidaritätskorps ein neues Jugendprogramm auf den Weg gebracht. Registrierte TeilnehmerInnen können nun von Organisationen europaweit für einen Freiwilligendienst oder einen Ausbildungs-/Arbeitsplatz rekrutiert werden, finanziert aus bestehenden Programmen wie Erasmus+ und Europa für Bürgerinnen und Bürger. Das Europäische Freiwilligenzentrum CEV hat das Verfahren in einem aktuellen Briefing dargestellt und das Programm politisch eingeordnet. Neben der grundsätzlichen Begrüßung der neuen Engagementmöglichkeit werden auch Konfliktlinien aufgezeigt. So sollte Sorge getragen werden, dass es eine klare Trennung zwischen Freiwilligen- und beruflichen Tätigkeiten gebe. Auch müsse das neue Programm eingebunden sein in eine weiter reichende Engagementstrategie der EU, um Synergien zwischen bestehenden Maßnahmen wie dem Europäischen Freiwilligendienst zu stärken. Dazu zähle auch die Stärkung und Anerkennung lokaler Engagementinfrastruktur.

[CEV Briefing »European Solidarity Corps«](#)

[nach oben](#)

Whistleblower weiter eher Verbrecher als Helden?

Am 15. März 2017 hat ein Gericht in Luxemburg das Urteil im Berufungsverfahren um den Prozess gegen den Whistleblower Antoine Deltour und die Mitangeklagten Raphael Halet und Edouard Perrin verkündet. Der ehemalige Mitarbeiter der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Antoine Deltour hatte gemeinsam mit Raphael Halet und dem Journalisten Edouard Perrin den sogenannten Luxleaks-Skandal aufgedeckt. Antoine Deltour wurde zu sechs Monaten auf Bewährung und 1500 Euro Strafe verurteilt, Raphael Halet zu 1000 Euro. Der Journalist Perrin wurde wie im ersten Verfahren freigesprochen. MdEP Sven Giegold: »Die Richter haben Helden zu Verbrechern erklärt. Für ihren Einsatz für das Gemeinwohl haben die Whistleblower einen Freispruch und Schutz verdient. Das Luxemburger Gericht kriminalisiert Zivilcourage.«

[»LuxLeaks Berufungsprozess: Helden werden zu Verbrechern erklärt« \(15. März 2017\)](#)

[nach oben](#)

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

Konsultation über den Schutz von Hinweisgebern

Seit dem 3. März 2017 bis zum 29. Mai 2017 führt die Europäische Kommission eine Konsultation zum Thema des Schutzes von Hinweisgebern (Whistleblower) durch. Mit der Konsultation sollen Informationen und Ansichten über Erfahrungen mit Hinweisgeberschutz gesammelt werden. Dabei geht es darum, die Elemente für einen effektiven Hinweisgeberschutz ebenso zu erkennen wie Probleme, die sich aus unterschiedlichen nationalen Regelungen sowie EU-Regeln und nationalen Regeln ergeben. Die Konsultation wird mit einem Online-Fragebogen durchgeführt, der auch in deutscher Sprache zur Verfügung steht.

[Konsultation über Hinweisgeberschutz](#)

[nach oben](#)

Lebensbegleitendes Lernen: Konsultation

Seit dem 22. Februar 2017 bis zum 19. Mai 2017 führt die Europäische Kommission eine Konsultation zum Thema des lebensbegleitenden Lernens durch. Dabei geht es konkret um die »Überarbeitung der Empfehlung zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen«. Die Kommission möchte Beiträge zu den Stärken und Schwächen in der praktischen Anwendung des Referenzrahmens für Schlüsselkompetenzen von 2006. Ebenso geht es um Schwerpunktbereiche, in denen Änderungen des Referenzrahmens und der darin enthaltenen Kompetenzdefinitionen zur Deckung des aktuellen und künftigen Bedarfs in der allgemeinen und beruflichen Bildung notwendig sind, und um Instrumente und Verfahren zur Förderung der Weiterentwicklung von Schlüsselkompetenzen für alle. Die Konsultation wird mit einem Online-Fragebogen durchgeführt, der auch in deutscher Sprache zur Verfügung steht. Außerdem kann man Positionspapiere hochladen, die maximal zwei Seiten umfassen dürfen.

[Konsultation über lebensbegleitendes Lernen](#)

[nach oben](#)

Europäisches Solidaritätskorps: Öffentliche Konsultation

Noch bis zum 2. April 2017 läuft bei der Europäischen Kommission eine öffentliche Konsultation zum Europäischen Solidaritätskorps (vgl. ausführlich BBE-Europa-Nachrichten 2/2017). Eine Beteiligung kann nur in Form der Beantwortung des Online-Fragebogens erfolgen, der auch in deutscher Sprache zur Verfügung steht. Der Online-Fragebogen ermöglicht allerdings den Teilnehmenden das Hochladen einer Datei, z.B. ein Positionspapier. Dieses Dokument wird dann zusammen mit der Antwort veröffentlicht.

[Öffentliche Konsultation zum Europäischen Solidaritätskorps](#)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN

Engagement für Geflüchtete in Europa: Konferenz

Der Umgang mit der anhaltenden Flüchtlingsbewegung stellt eine große Herausforderung für alle europäischen Länder dar. Dabei ist - unabhängig von den jeweiligen politischen Paradigmen zu Aufnahme und Integration in den Nationalstaaten - in ganz Europa ein ungeteiltes zivilgesellschaftliches Engagement für die Unterstützung und Integration Geflüchteter zu beobachten. Beispiele dieser Ansätze und Programme aus verschiedenen europäischen Ländern will das BBE am 4. und 5. Mai 2017 im Rahmen einer europäischen Konferenz in Berlin vorstellen und diskutieren. Nicht zuletzt soll damit ein europäischer zivilgesellschaftlicher Diskurs über wertegebundene Ansätze und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Engagement für Geflüchtete angeregt werden.

[Programm](#)

[Anmeldung](#)

[Weitere Informationen](#)

[nach oben](#)

Symposium der AG »Internationales und Europa«: Engagement gegen Fluchtursachen

Am 3. April 2017 veranstaltet die BBE-Arbeitsgruppe »Internationales und Europa« in Berlin ein Symposium mit dem Titel »Internationale Fluchtbewegungen und

zivilgesellschaftliche Antworten«. Das Symposium betrachtet unterschiedliche Fluchtursachen und beleuchtet die Verantwortung der westlichen Industrieländer für nachhaltige und friedliche Entwicklung in Krisenregionen. In einer Fishbowl-Diskussion werden die Rolle der Zivilgesellschaft und des Bürgerschaftlichen Engagements im globalen und lokalen Wandel thematisiert.

[Einladung und Tagesordnung](#)

Anmeldung unter E-Mail:
info@b-b-e.de

[nach oben](#)

Global Forum on Migration and Development (GFMD): Teilnahmebewerbung

Im Rahmen des Global Forum on Migration and Development (GFMD) finden vom 29. Juni bis 1. Juli 2017 die Civil Society Days in Berlin statt. Die Anzahl der TeilnehmerInnen ist beschränkt. Als Gastgeberland kann die deutsche Zivilgesellschaft bis zu 20 Delegierte entsenden. Die Auswahl wird von VENRO koordiniert. Bewerbungen können bis zum 31. März 2017 eingereicht werden. Alle Informationen und Unterlagen, die für eine Bewerbung nötig sind, finden sich auf der Projektseite von VENRO. In Vorbereitung auf das GFMD findet zudem am 23. Mai 2017 eine Konferenz in Berlin statt. Die Bundesregierung hat mittlerweile auch ein GFMD-Konzept erstellt, das jetzt in einer finalen Version verfügbar ist.

[GFMD-Projektseite von VENRO](#)

[Finale Version des GFMD-Konzepts der Bundesregierung](#)

[nach oben](#)

EBD: Konsultationsprozess Politische Forderungen 2017/18

Am 10. März 2017 beschloss der Vorstand der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD), wie im letzten Jahr mehrere thematisch gebündelte Diskussionen im Rahmen von EBD-Exklusiv abzuhalten, um möglichst vielen Mitgliedsorganisationen die Möglichkeit zur Mitsprache bei der Formulierung der Politischen Forderungen 2017/2018 zu geben. In einer ersten Beteiligungsrunde hatten sie bereits im Januar und Februar 2017 Vorschläge eingereicht. Die Konsultationen finden zu vier EBD Exklusiv-Themenblöcken statt: Wirtschaft- und Sozialpolitik, Nachhaltigkeit und EU-Haushalt; Deutschland in Europa; Demokratie und Pluralismus auf allen Ebenen stärken; Europäische Werte nach außen verteidigen und nach innen stärken. Nähere Informationen zu den einzelnen Terminen folgen in Kürze.

Konsultationsprozess zur EBD-Politik auf Twitter: [#EBDKonsultation](#)

[nach oben](#)

Bürgerdialoge »Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!«

Am 16. März 2017 fand die erfolgreiche Auftaktveranstaltung der neuen Bürgerdialogreihe in der Bremischen Bürgerschaft statt. Über hundert BürgerInnen waren der Einladung gefolgt, um mit ExpertInnen aus Politik und Wirtschaft über Zustand und Zukunft der Europäischen Union zu diskutieren. »Bremen tickt europäisch«, heißt es im Veranstaltungsbericht. Der nächste Bürgerdialog findet am 27. April 2017 ab 18 Uhr in Wiesbaden statt. Das Programm folgt in Kürze. Mit der neuen Reihe knüpft die Europa-Union Deutschland gemeinsam mit den Partnern, zu denen auch das BBE gehört, an das erfolgreiche Format der vergangenen Bürgerdialoge an, die es zu den Themen gab: »TTIP – Wir müssen reden!« (2014/2015) und »Europas Grenzen: Wir müssen reden!« (2016).

[Bericht zum Bürgerdialog in Bremen](#)

[Weitere Informationen zum »Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!«](#)

[nach oben](#)

FACHDISKURS

Zivilgesellschaft in Brasilien: Veranstaltung

Am 21. April 2017 findet in Berlin eine Diskussionsveranstaltung zur Lage der Zivilgesellschaft in Brasilien statt: »Soziale Kämpfe in schwierigen Zeiten – Schwindende Spielräume für Zivilgesellschaft in Brasilien«. So ist die Lage seit der Machtübernahme der Regierung Temer im letzten Jahr durch ein umstrittenes Amtsenthebungsverfahren für zivilgesellschaftliche Akteure deutlich schwieriger geworden. Die neoliberale Sparpolitik der amtierenden Regierung, die soziale Errungenschaften der letzten Jahrzehnte kassiert, verstößt gegen Menschenrechte und internationale Verpflichtungen, die Brasilien eingegangen ist. Wie gehen die sozialen Bewegungen und Organisationen damit um? In die Defensive gedrängt sind nicht nur brasilianische Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen: Weltweit gehen Regierungen – unabhängig von ihrer Ausrichtung – so massiv gegen zivilgesellschaftliche Akteure vor wie seit 25 Jahren nicht mehr. Wie können demokratische Räume für zivilgesellschaftliches Engagemen gestärkt werden? Wie können PartnerInnen und andere Organisationen von Deutschland aus unterstützt werden? Das sind Fragen der Veranstaltung mit Verena Glass (Journalistin, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brasilien), Kelli Mafort (Bundeskoordination, Landlosenbewegung MST, Brasilien) und Barbara Unmüßig (Vorstand, Heinrich-Böll-Stiftung, Deutschland). Die Veranstaltung findet mit Simultanübersetzung in Portugiesisch und Deutsch statt.

[Weitere Informationen zur Veranstaltung](#)

[nach oben](#)

Förderung und Beratung für Vereine, Kommunen und Initiativen

In Kooperation mit der Kontaktstelle »Europa für Bürgerinnen und Bürger« informiert die Mitmachzentrale von Engagement Global am 27. April 2017 in Essen über verschiedene Förderprogramme und Vernetzungsangebote zum Thema »Bürgerschaftliches Engagement und Entwicklungspolitik im europäischen Kontext«. Die Veranstaltung richtet sich an zivilgesellschaftliche Organisationen und Kommunen mit Partnerschaften sowie an klassische Träger der Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, »die an der Schnittstelle europäischer Entwicklungspolitik und aktiver Bürgerbeteiligung arbeiten« und sich neuen Themenfeldern und Zielgruppen öffnen wollen.

[Programm](#) (PDF, 158 kB)

[Weitere Informationen und Anmeldung](#)

[nach oben](#)

Ergebnisse des europäischen Projekts INNOSI

Das EU-Projekt INNOSI (Innovative Social Investments strengthening communities in Europe), das im Rahmen des Forschungsprogramms Horizon 2020 aufgelegt wurde, bearbeitet die Frage, wie soziale Investitionen vor dem Hintergrund zunehmender sozio-ökonomischer Krise aussehen könnten. Das BBE fungiert hierbei als Impact-Partner für die Westfälische Wilhelms-Universität Münster, an der das Projekt unter Leitung von Prof. Dr. Annette Zimmer für Deutschland durchgeführt wird. Soziale Innovationen im sozialen Sektor werden in dem Projekt vor allem in Form von Fallstudien in zehn EU-Ländern beschrieben. In den nächsten Ausgaben der BBE Europa-Nachrichten wollen wir einige dieser Studien sukzessive vorstellen; als erste die MAMBA-Studie (Münsters Aktionsprogramm für MigrantInnen und Bleibeberechtigte zur Arbeitsmarktintegration in Münster und im Münsterland) für Deutschland sowie eine Studie aus Schweden, bei der es um die Partnerschaft zwischen Non-Profit-Organisationen und der Stadt Gothenburg beim Thema Integration geht.

[Weitere Informationen zu INNOSI](#)

[Weitere Informationen zur MAMBA-Studie für Deutschland](#) (PDF, 747 kB)

[Weitere Informationen zur Studie »Non-profit – public partnership for unaccompanied newcomer youngsters' reception, establishment and integration in Gothenburg«](#) (PDF, 513 kB)

Europäischer Freiwilligendienst für alle: EVS4ALL (Konferenzbericht)

Am 20. Und 21. März 2017 kamen im Allianz Forum Berlin KooperationspartnerInnen zusammen, um Ergebnisse des Projekts »European Voluntary Service for All« (EVS4ALL) zu präsentieren und mit ExpertInnen und mit dem interessierten Publikum ins Gespräch zu kommen. Im Rahmen des zweijährigen Projekts verfolgten vierzehn Organisationen der europäischen Jugend- und Freiwilligenarbeit sowie Stiftungen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen, Spanien und Rumänien eine Vision: Mit dem im Programm Erasmus+ geförderten EVS4ALL Projekt wollten sie einen aktiven Beitrag zur Schaffung einer inklusiven europäischen Zivilgesellschaft leisten und zum Überwinden der zunehmenden Europaskepsis beitragen. Dabei gilt die Implementierung des Konzepts »Ein Freiwilliges Jahr für alle« als ausschlaggebend, das im »Manifest zur Neugründung Europas von unten« beschrieben wird. Durch die Analyse konkreter Freiwilligendienste wurden europäische Politikempfehlungen für einen inklusiven Freiwilligendienst erarbeitet, die auf der Konferenz vorgestellt und diskutiert wurden. Eröffnet wurde die Konferenz mit einer Abendveranstaltung, auf der u.a. Daniel Cohn-Bendit und der Europaabgeordnete Brando Benifei diskutierten, wie ein sozial gerechtes und inklusives Europa für junge Menschen gestaltet werden kann. Wie kann der Zugang zum Europäischen Freiwilligendienst und anderen Mobilitätsprogrammen für alle Menschen, unabhängig vom Bildungshintergrund und sozialen Status, künftig erleichtert werden? Das Gespräch über aktuelle Ansätze für einen europäischen Erneuerungsprozess, der ein sozial gerechtes und inklusives Europa vor Augen hat, wurde am kommenden Tag fortgesetzt. Im Gespräch mit Johannes Luchner (Europäische Kommission), David Lopez (Lifelong Learning Platform), Artur Payer (Europäische Kommission) und Thomas Thomer (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) wurden auch Problemstellen thematisiert: bürokratische Hindernisse und ausschweifende Antragslyrik, mangelndes Zusammenspiel zwischen Schulen und Jugendorganisationen, starke Abgrenzung zwischen formellen und informellen Lernprozessen und die fehlende Balance zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, wenn es darum geht, die europäische Idee zu stärken.

[Projektergebnisse](#)

[Manifest zur Neugründung Europas von unten](#)

Interreg Volunteers Initiative: InterregReporters

Die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung beteiligt sich mit einer Million Euro am Europäischen Solidaritätskorps: Junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren können als »InterregReporters« aktiv werden. InterregReporters sollen im

Feld der Kommunikation über Interreg-Projekte grenzüberschreitend tätig werden.

[Weitere Informationen zu Interreg Volunteers Initiative](#)

[nach oben](#)

A Soul for Europe: Konferenzdokumentation

Die letztjährige »A Soul for Europe Conference« fand am 8. und 9. November 2016 in Berlin unter dem Titel »Cultural Identities on the Move« statt. Im Dialog zwischen engagierten VertreterInnen aus Politik und Kultur sollten Impulse aus den gesellschaftlichen Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Kultur an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen Konstellationen zur Stärkung Europas entwickelt und als Handlungsempfehlung an Politik und Gesellschaft vermittelt werden. Die Initiative »A Soul for Europe« entwickelt seit Jahren Impulse in lokal aufgebauten Projekten und Aktivitäten zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Kultur. Eine Onlinedebatte beleuchtete bereits im Vorfeld der Konferenz wichtige Themenbereiche, darunter die Frage nach der Rolle der europäischen Städte und Regionen, und versammelt zahlreiche Texte namhafter und engagierter AutorInnen aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Eine Dokumentation der Konferenz sowie der Online-Debatte liegt jetzt online vor.

[Konferenzdokumentation »A Soul for Europe«](#) (PDF, 1,2 MB)

[Dokumentation der Online-Debatte](#) (PDF, 992 kB)

[nach oben](#)

Goede: BürgerInnenbeteiligung an Wissenschaft

Das Projekt PROSO (Promoting Societal Engagement in Research and Innovation) ist Gegenstand des Beitrages von Wolfgang Chr. Goede, internationaler Wissenschaftsjournalist und Vorstandsmitglied der Journalistenvereinigung TELI und der Weltföderation der Wissenschaftsjournalisten WFSJ. Im Projekt PROSO geht es um die Beteiligung von BürgerInnen an Fragen der Wissenschaft von der Information bis hin zur Haushaltsplanung. Vorangetrieben wird dieses EU-Projekt von den fünf Ländern Bulgarien, Deutschland, Großbritannien, Österreich und Portugal. Der Beitrag berichtet über erste Befunde aus der Anlaufphase des Projekts.

[Beitrag von Wolfgang Chr. Goede](#) (PDF, 413 kB)

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 25. April 2017.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an
E-Mail: europa-bbe@b-b-e.de

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Gastbeiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im Europa-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel, Mirko Schwärzel und Nino Kavelashvili.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

V.i.S.d.P.: Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

